

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1910. Nr. 364.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 6. August 1910.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 67, Hinterhaus.
Telephon 188. Abteilungs-Telephon 1372.
Verleger: Dr. Walter Schönbach in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16 290.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Frankreichs Staatsoberhaupt.

Aus den Kreisen der deutschen Kolonie in Paris geht uns folgende Charakteristik des französischen Staatsoberhauptes zu:
Clement Amraud Fallières, der gegenwärtige Staatsoberhaupt der französischen Republik, ist keine hervorragende Persönlichkeit, und seine Berufung an die Spitze des französischen Staatswesens verdankt er gewiss nicht besonderen politischen oder diplomatischen Talenten. Daß man ihn vor nunmehr vier Jahren wählte, hat vermutlich seinen wesentlichen Grund darin, daß man von ihm keine energiegelandte Persönlichkeit auf einen bestimmten Einfluß auf die französische Politik zu gewärtigen hat, daß er vielmehr ein ruhiger Staatsoberhaupt gegenüber denjenigen Parteien ist, denen der Zufall oder das Unglück ihrer Gegner die Majorität in der Deputiertenkammer verschafft.
Wir wollen damit Herrn Fallières keinen persönlichen Vorwurf machen. Ohne Frage würde weitläufig die Weisheit derer, die ihn gewählt haben, ähnlich einzuurteilen sein, wenn sie an Fallières' Stelle den Posten eines Staatsoberhaupten der französischen Republik bestellenden. Es fehlt überhaupt unter den führenden und sonstigen Politikern des heutigen Frankreichs in auffälliger Weise an namhaften selbständigen Persönlichkeiten und ausgeprägten Charakteren, und so sich die Solidaritätsgewinn der herrschenden Mittelmäßigkeit ergibt, ist nicht aufkommen zu lassen. Weil Clement Fallières den Deputiertenkammer bilden, ist er gewählt worden; denn man sieht die Leute, die einem ähnlich sehen, und es schneidet der Eigennutz, wenn sie zu Bedeutung gelangen. Wohl mancher von denen, die seinerzeit Fallières ihre Stimme gaben, ist sich heute bereits selbst auf dem Präsidentenposten der Republik.

Wie die überwiegende Mehrheit der heutigen Politiker Frankreichs stammt Fallières aus dem Süden und wie bei allen Südländern ist die Abstraktion sein Element. Aus dem Kleinbürgertum hervorgegangen, ist er von Beruf Advokat, und er hat nichts an sich, was ihn über den Durchschnittsstand der kleinbürgerlichen Demokratie erheben würde. Er ist ein ausgesprochenes Mitglied seiner politischen Partei, deren politisches Programm in der Hauptsache wohl aus Fallières' persönlichem Glauben entspringt. Da aber die Wesen des politischen Lebens in Frankreich sich allmählich, doch unmerklich immer mehr dem Sozialismus nähern, hat er sich als wehrlicher Mann rechtzeitig dieser Richtung angeschlossen. Er versteht es überhaupt nicht zurecht, sich mit der Strömung der öffentlichen Meinung zu schwimmen. Niemand hat er aber bislang eine Meinung vertreten, die den Strömungen selbst die Richtung geben zu wollen.

Dieser gewisse Mangel an Initiative hat denn auch die Erwartungen gründlich enttäuscht, die man seinerzeit vielfach hinsichtlich der Lösung der durch die französische Marokkopolitik hervorgerufenen Spannung zwischen Deutschland und der Republik der Erhebung Fallières' auf den Präsidentenposten entgegengebracht hat. In den Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit, die seiner Wahl zum Staatsoberhaupt vorausgingen, hatte Fallières allerdings eine gewisse Generosität gegen eine weitere Ausdehnung des französischen Kolonialreiches gelegentlich zur Schau getragen. Das hat ihn jedoch keineswegs abgehalten, nach seiner Erhebung zum französischen Staatsoberhaupt die Americanisierung seiner Politik gegenüber Marokko mitzumachen, beziehungsweise diesen Willen freie Hand zu lassen. Freilich war und ist diese Americanisierung im französischen Volk trotz der gelegentlichen Gegenemonstrationen Jaurès' und seiner antimilitaristischen Freunde viel zu populär und der Einfluss der Gaubühnen und zum Teil auch im englischen Lande stehenden Presse Frankreichs viel zu mächtig, als daß der Präsident, selbst wenn er wirklich die Absicht hätte, seine persönlichen Anschauungen auf diesem Gebiete der auswärtigen Politik Frankreichs mit Erfolg zur Geltung bringen könnte. Dazu müßte eben das gegenwärtige Staatsoberhaupt der Republik eine starke, gebrauchte Persönlichkeit sein.

Die Schmutz- und Schundliteratur.

Das sächsische Ministerium des Innern hat sich veranlaßt gesehen, gegen die Verbreitung der Schmutz- und Schundliteratur in den Kreisen der sächsischen Jugend energischer vorzugehen. Das Ministerium hat eine Verordnung erlassen, in der es heißt: Die Verbreitung der unter der Jugend hat schon wiederholt zu ernstlichen Bedenken Anlaß gegeben und den Wunsch nach einer energiegelandten Abwehr der Uebelstände an allen Orten und insbesondere auch im letzten Landtage hochzuvernehmen. Wenn nun auch das Verbot der Verbreitung gegen die Urheber und Verbreiter dieser Literatur durch die Reichsgesetzgebung bestimmt und be-

stimmte wird, welche diese Materie in der Hauptsache erschöpfend ergriffen und der Landesgesetzgebung wie den Verwaltungsbehörden zu einer eigenen Betätigung nur wenig Raum gelassen hat, so finden sich doch auch noch andere Mittel und Wege, um dem Uebel wenigstens einigermaßen entgegenzutreten. Unter anderem hat eine Amtshauptmannschaft durch die Kreisbehörde auf diejenigen stehenden Geschäfte einzuwirken gesucht, die ihr als Verbreiter von Schundliteratur bezeichnet waren; diese Einwirkung ist dem auch nicht ohne Erfolg geblieben. Ein größerer Wert wird aber in dem Kampfe gegen die Schundliteratur der unermüdeten Förderung der guten Volksliteratur, namentlich durch Schul- und Volksbibliotheken, beizumessen sein. Hierauf wird also ganz besonders hinzuwirken und dabei namentlich auch darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Benutzung dieser Bibliotheken z. B. durch Errichtung von Lesestuben und dergleichen auf jede Weise erleichtert und gefördert wird. Nicht minder aber wird die Aufmerksamkeit der Behörden auch dem Kolportagehandel zu widmen und insbesondere auf eine strenge Durchführung der einschlägigen Vorschriften der Gewerbeordnung Bedacht zu nehmen sein, wie denn auch eine verständliche Einwirkung auf die stollvortreue zur Verhinderung des Vertriebes schlechter Bücher sich empfehlen wird. Von einer Amtshauptmannschaft ist andererseits unter Mitwirkung des Bürgerbundes ein Verzeichnis von Volksschriften aufgestellt worden, die sich zum Vertrieb auf Jahrmärkten, Volksfesten usw. eignen. Das Ministerium des Innern will nicht verfehlen, die Verwaltungsbehörden auf Vorarbeiten aufmerksam zu machen, und möchte ihnen nahe legen, mit allen Kräften innerhalb der ihnen zufließenden Befugnisse gegen den Vertrieb der Schundliteratur vorzugehen. Hinsichtlich der schulpflichtigen Kinder ist noch auf die von dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts an die Bezirksschulinspektionen erlassene Generalverordnung vom 14. Oktober 1909 hinzuweisen, zu deren genauer Durchführung die Verwaltungsbehörden mit der Schulbehörde tunlichst Hand in Hand gehen wollen.

Das Grenzgebiet in Thüringen.

Die eigenartige Entwicklung der thüringischen Staatswesen, die fast durchweg dem Privatbesitz ihrer Herrscher geschlechter ihren Ursprung und ihre räumliche Ausdehnung verdanken, hat zur Folge gehabt, daß fast alle thüringischen Fürsten- und Herzogtümer äußerst verwickelte Grenzverhältnisse aufwiesen. Zahlreiche Entfallen und die sonderbarsten Zustände der Grenzen zwischen den einzelnen Staatsgebieten lassen die politische Karte Mitteldeutschlands bzw. Thüringens wie ein eigenartiges irdisches Teppichmuster erscheinen. Ein strenges Festhalten an dem geschichtlich überlieferten hat bislang einen Gebietsausgleich oder eine entsprechende Grenzregulierung unmöglich gemacht, indes empfindet die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung Mitteldeutschlands das Gezwirne der thüringischen Grenzverhältnisse als ein lästiges Hindernis. Bei der wachsenden Industrialisierung Thüringens ist freiger sich selbstverständlich auch die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsorgane der einzelnen Staatswesen. Das Zwischen dieser und den Wünschen und Ansprüchen der erwerbstätigen Kreise vielfach eine Lücke offen, ist leider eine Tatsache, die sich nicht nur in Thüringen, sondern in verschiedenen Teilen des Reiches sichtbar macht, und allenthalben den Ruf nach einer durchgreifenden Verwaltungsreform laut werden läßt. Aber mehr noch als sonstwo in den Bundesstaaten macht sich in Thüringen dies Reformverhältnis geltend und nicht zuletzt deswegen, weil eben die Zerstückelung der Verwaltungsgebiete der verschiedenen Staatsbehörden den Gang der Geschäfte ungemünz verlangt und erschwert. Auch in den thüringischen Regierungskreisen werden die Nachteile gewärtigt, die Industrie und Gewerbe der einzelnen Staaten durch das Gezwirne der Grenzen und Verwaltungsgebiete erwaschen, und man ist, wenigstens in einigen Landesregierungen, darauf bedacht, soweit dies möglich ist, nach dieser Richtung hin Schritte zu schaffen. Als ein kleiner Anfang hierfür können die Verhandlungen gelten, die augenblicklich zwischen den Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Sachsen-Meinungen über Grenzregulierungen geführt werden und die vor allen Dingen die Betätigung der bisherigen Doppelherrschaft über die Stadt Sankt Andreas zum Gegenstande haben. Die Angelegenheit geht, wie wir erfahren, ihrem baldigen Abschluß entgegen, nachdem zwischen den beiderseitigen leitenden Ministern Dr. von Nothmann und von Hiller-Meinungen im Prinzip eine Verständigung erzielt worden ist. Als Kompensationsobjekte kommen 11 Dörfer in Betracht, die zur Hälfte dem einen und dem anderen Herzogtum gehören, u. a. die Salska Salinwerke, die in erster Linie als Gegenleistung für der starkgehender Zuwachs beantragt werden. Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der feuerlichen Bewertung der Austauschgebiete soll nach Möglichkeit eine demnächst stattfindende gemeinsame Besichtigungsbefrei der beiden Staatsminister beseitigen, von

deren Ergebnis es abhängen wird, in welcher Form die angestrebte Grenzregulierung zur Durchführung kommt. In den industriellen Kreisen Thüringens verfolgt man die Gelegenheit mit begrifflichem Interesse. Hofft man doch, daß nach dem Beispiele Sachsen-Anhalts und Sachsen-Meinungen sich auch die anderen Landesregierungen bereitfinden werden, eine gewisse Abmilderung ihrer Verwaltungsgebiete durch zurechtprechende Grenzregulierungen und Gebietsaustausch in die Wege zu leiten.

Aus Kamerun.

Mit der letzten Post ist ein amtlicher Bericht über das vorläufige Ergebnis der Untersuchung über die Ermordung des Kaufmanns Breichneider in Südamerun eingegangen. Danach betraf Breichneider am 9. Mai 1909 Wabang am oberen Abong, um durch das Maffagegebiet nach Ngalenda und Nanga-Ebota, Landchaften, die von Dume aus in nordwestliche Richtung liegen, zum Anwerben von Arbeitern zu gehen. Am folgenden Tage lag er bei der großen Straße Dume-Monakung nach Norden in der Richtung auf Sef ab. Unterewegs wurde er von Kämpfern vor den Maffas mehrfach geharrt, setzte aber in der Meinung, die Maffas würden ihm nichts tun, da er in feindlicher Absicht komme, den Marsch fort. Von der Detaschment Mangabutu ab begleitet ihn bewaffnete Eingeborene, denen sich beim Orte Sef die Sef- und Wonda-Leute angeschlossen. Im Kampfe zwischen Sef und Ngalenda wurden den Trägern die Hände abgenommen und ein Krug geblasen. Sef hinter Ngalenda begannen die Maffa, die Karavane mit Speeren und Pfeilen zu beschleichen. Während die Träger davonliefen, erhielt Breichneider einen Pfeilschuß in den Hals, der den sofortigen Tod herbeiführte. Die Leiche wurde unter die am dem Uebelthäter beteiligten Kämpfer verteilt. Von dem Trägern haben sich nur zwei bei der Expeditionstruppe gemeldet. Von deren Angaben und den Aussagen mehrerer aufgefressener Karavaneer füllen sich die vorläufigen Feststellungen. Diese Zeugen stimmen darin überein, daß Breichneider sich keine Hebergänge gegenüber den Eingeborenen hat aufbauen können lassen. Die Motive der Tat bestehen nach der Truppenabteilung nur ein Stoff, eine Kiste und ein Notizbuch des Ermordeten, sowie ein an ihn gerichteter Brief gefunden worden.

Die Herkale Aufregung in Spanien.

Die aus Madrid vorliegenden Nachrichten lassen kaum einen Zweifel darüber offen, daß es zu einem Aufbruch in den nächsten Sonntag kommen könnte. So ist es Tatsache, daß von spanischen Briefen in bescheidenen Mengen verteilt werden, und ebenso haben die Behörden sichere Mitteilungen darüber erhalten, daß in verschiedenen Städten, wie in Pamplona, Vitoria, Tolosa und anderen Städten von Navarra förmliche Aussenlager aufgestellt sind. Der Ministerpräsident hat daher die ganze Kundgebung auf das strengste verboten, wobei er sich auf den Beschluß des Gemeinderates von San Sebastian stützt, der im Hinblick auf die drohenden Unruhen gegen die Manifestation gleichfalls Stellung genommen hat. Um das Verbot mit allem Nachdruck aufrecht erhalten zu können, untersagt Canalejas den Direktoren der nach San Sebastian führenden Bahnen, die von den Demonstranten bereits bestellten Sonderzüge abzulassen. Dafür beschlagnahmte die Regierung selbst die betreffenden Bahnhöfen für Truppentransporte, denn ganz San Sebastian sowie die Umgebung werden am nächsten Sonntag einem großen Heerlager gleichen. Allein die räumlichen Verhältnisse lassen sich durch keinerlei Verbote abschrecken lassen, sondern sie werden aus den umliegenden Provinzen in Massen nach San Sebastian strömen, und zwar zu Pferd, im Wagen und zu Fuß. Von San Sebastian aus gehen sie sich auf französische Boden zu, um eine Verhütung dieser Bewegung einer Abreise an den König zu beschließen. Es heißt, daß in dem Bredensgebirge zahlreiche Carlisten wohl bereit sein könnten, um bei einem Zusammenstoß zwischen den Katholiken und den Truppen sofort den ersten zu Hilfe zu eilen. Doch handelt es sich hier nur um Gerüchte, für die eine Verhütung bisher nicht zu erlangen war. Demgegenüber haben sich unter den Manifestanten selbst sicher viele Carlisten befinden, denn der carlistische Deputierte Gellin fordert die Anhänger des Thronpräsidenten auf, in Waffen in San Sebastian zu erscheinen. Don Jaime, der noch zu Anfang dieser Woche in Perpignan gesehen wurde, ist seit mehreren Tagen verschwunden. Der Ministerpräsident Canalejas hat einen Verzichtserklärung: Wenn die Katholiken an anderen Orten manifestieren oder wenn sie mit der Kundgebung in Bilbao Worten wollen, bis der Streik daselbst beendet ist, so werde ich mich der Veranstaltung nicht widersetzen. Aber die Umstände, unter denen sie die Kundgebung veranstalten wollen, lassen diese als ungesetzlich und aufrührerisch erscheinen. Ich weiß, daß in manchen Dörfern die Priester an die Menge Revolver und Pistolen verteilen. Die dritten Behörden haben die Aufgabe, die Schuldigen zu verfolgen. Ich weiß auch, daß die Manifestanten von Frauen und Kindern begleitet sein werden, um das Einschleppen der bewaffneten Wacht unmöglich zu machen. Aber ich bin entschlossen, die Kundgebung zu verhindern. Ich werde den

Die Rubrik in Kursnachricht... Berliner Börse, 5. Aug. 1910

Berliner Börse, 5. Aug. 1910

Druckausgabe... Privatdruckerei...

Main table containing stock market data with columns for stock names, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Deutsche Pfandbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, possibly a notice or advertisement, including the word 'Berliner' and 'Börse'.